

Freitag, 30. Juni 2023

Region

Was die Grünen freut, löst bei Rechts Entsetzen aus

Noch ein letztes Mal muss Biel Geld sprechen, um das Stück Strasse zwischen dem Brüggmoos und Vingelz zu planen. Die Wogen im Bieler Stadtrat gingen hoch, weil viel auf dem Spiel stand.

Jérôme Léchet

Es war eine Diskussion mehr, die seit dem Westast-Aus geführt werden musste, und der Frust über den zähen Prozess war auf allen Seiten des politischen Spektrums spürbar. «Die Kosten für das Geschäft sind durchaus stolz, und dann haben wir nicht einmal ein Projekt», kommentierte Dennis Briehle (Grünliberale) das «Gestaltungskonzept Bernstrasse-Neuenburgstrasse».

Von den 1,2 Millionen Franken, die vom Kanton und Nidau mitfinanziert werden, muss Biel knapp die Hälfte mittragen. Ob die Stadt das tun soll – darüber wurde an der Stadtratssitzung vom Mittwochabend debattiert.

Konkret soll nach dem noch auszuarbeitenden Gestaltungskonzept die Strasse vom Brüggmoos nach Vingelz die betroffenen Nidauer und Bieler Quartiere nicht mehr wie eine «trennende Schneise» durchqueren, sondern mittels Querverbindungen und einem attraktiven Angebot für Fuss-, Veloverkehr und ÖV wieder attraktiver werden.

«Biel von der Welt abschneiden»

Nicht viel abgewinnen konnte diesen Plänen Daniel Suter (PRR), der noch einmal der verlorenen Autobahn nachtrauerte, die die Stadt von ihrem Verkehr



Einfach eine grosse Strasse oder ein halbiertes Quartier?

Bild: Raphael Schaefer/ra

entlastet hätte. Und der hinter dem Gestaltungskonzept mit seinen Querverbindungen Ungutes ahnte: «Die Absicht wird sein, den Verkehr zu verhindern und Biel von der Welt abzuschneiden.» Dabei sei in der Geschichte der Menschheit die Warenzirkulation Grundbedingung für Prosperität gewesen. Was man gemäss Suter auch in Bern erkannt habe, wo gerade Milliarden für Nationalstrassen gesprochen würden: «Ein bisschen überall – ausser für Biel.»

Seine Deutschschweizer Parteikollegin Cécile Wendling (FDP) stimmte an diesem Punkt zu und bemängelte, dass im vorliegenden Geschäft die Netzschliessung nicht erwähnt werde, wo sie doch im Nachgang zum Westast als Kompromiss ausgehandelt worden sei. Sonst aber sah sie das Projekt wesentlich positiver als Suter und versicherte: «Die FDP-Fraktion wird diesem Kredit zustimmen.» Denn sie trügen den ausgehandelten Kompromiss mit.

Christophe Schiess (Grüne) stellte sich für seine Fraktion vorbehaltlos hinter die Idee einer Neugestaltung dieser Achse. «Man spricht nicht nur über Strassenverkehr, sondern über einen wichtigen urbanen Lebensraum zwischen Biel und dem See, zwischen Biel und Nidau.» Und sollte ein solch attraktiver Lebensraum entstehen können, begünstige das auch die wichtigste aller Verkehrsmassnahmen, so Schiess: die Vermeidung von Verkehr. «Dann hat

man nämlich Lust, dort zu bleiben.»

«Kreischender, pfeifender, täubelnder Mob»

Was Schiess freute, löste bei Jürg Scherrer (SVP) Entsetzen aus. Er sprach von einem «kreischenden, pfeifenden und täubelnden Mob», der eine leistungsfähige Autobahn verhindert habe und deren Ersatz nun mit Soziologie und Spaziergängen in den betroffenen Quartieren geplant werden solle. Seit über 40 Jahren wolle man den Verkehr eindämmen, so Scherrer. «Dabei gibt es jeden Tag eine Volksabstimmung auf der Strasse, und die zeigt: Der Verkehr wird mehr.» Statt auf eine leistungsfähige Alternative setze man auf Verkehrsverhinderung. Das ehemalige Autopartei-Mitglied: «Ich befürchte, wobei, vielleicht werde ich es nicht mehr erleben, dass wir am Schluss bei Tempo 20 landen.»

Urs Scheuss (Grüne) sagte, dass diese Pläne auch für die Grünen einen Kompromiss darstellten. «Im Westast-Dialog haben wir Autobahngegner einer langfristigen Schliessung der Nationalstrassenlücke zugestimmt – das ist für uns schmerzhaft.» Gehe das Geschäft jetzt doch noch bachab, dann sehe er keinen Grund mehr, die zugestandene Netzschliessung noch mitzutragen.

Genau das aber wollte Erich Fehr (SP) unbedingt verhindern, weshalb er Scheuss und Wendling für ihr Bekenntnis zum Kompromiss dankte und den Rat eindringlich warnte: Wenn der Rat zum letzten Stück im Prozess Nein sage, werde damit der ganze Westast-Dialog begraben. Und dann ging er noch auf die Kritik ein und sagte an die Adresse Suters, dass Waren und Menschen für Prosperität zwar zirkulieren können müssten. «Das heisst aber nicht, dass sie das auch mit dem eigenen Auto tun können müssen.» Sondern unter anderem auch mit dem öffentlichen Verkehr, der auch Scherrers steigenden Verkehr absorbieren könne. Denn dieser sei am «flächeneffizientesten», sprich: Er braucht pro Verkehrsteilnehmer am wenigsten Platz.

Zu guter Letzt verteidigte Fehr auch die von Scherrer verspotteten Spaziergänge. Das vom Verkehr extrem belastete Quartier sei anders als Vingelz sehr schlecht organisiert, soziodemografisch benachteiligt. «Darum geht man zu diesen Leuten hin, um auch sie abzuholen. Welche Bedürfnisse man aufnimmt, darf nicht vom Organisationsgrad der Betroffenen abhängen.»

Abholen konnte Fehr zum Schluss dann auch den Rat, der dem Kredit für ein Nutzungskonzept grossmehrheitlich zustimmte.

Kulturinstitutionen würden «ausbluten»

Künstler verdienen wenig und kosten für einige Politiker doch zu viel. Der Stadtrat debattierte über die Verlängerung der Leistungsverträge und blickte dafür kurz nach Bilbao.

Jérôme Léchet

Susanne Clauss (SP) formulierte das Dilemma, das Biel mit der Kultur hat, am pointiertesten: «Alle lieben sie, niemand will sie missen, dabei muss sie auch noch Weltklasse sein und zweisprachig – aber selbstverständlich darf sie nichts kosten.»

Anlass für die Debatte im Bieler Stadtrat war, dass die sogenannten Leistungsverträge mit zehn Bieler Kulturinstitutionen von 2024 bis 2027 zur Verlängerung anstehen. Das Orchester, die Bibliothek, das NMB, Centre Pasquart, Fotoforum, die Theater Nebia und La Grenouille, das Kartell Culturel, das Fotoforum und das FFFH sollen über die nächsten drei Jahre insgesamt 8,6 Millionen Franken von der Stadt Biel erhalten.

Den Anfang machte Maurice Paronitti (PRR), der auch Stiftungsratspräsident der Stadtbibliothek Biel ist. Und der nicht nur für seine, sondern für alle Bieler Kulturinstitutionen voll des Lobes war – es habe in Biel für alle Geschmäcker etwas. Und vor allem kostete die Kultur gar nicht so viel, wie moniert werde: «Die Ausgaben der Stadt für die Kultur

sind in den letzten Jahren gesunken – von 2,7 Prozent auf 2 Prozent der Gesamtausgaben.»

Das bezahlen, gab dann Joseline Stolz (PSR) zu bedenken, die Kulturschaffenden selbst. «Die Anstellungsbedingungen sind sehr prekär. Sofern denn ihre Arbeit überhaupt unter eine Anstellung fällt. Wie aus dem Bericht des Gemeinderats hervorgeht, würden in der Branche Überstunden oft nicht kompensiert – «entsprechend enthalten die Stellen oft noch einen grossen Anteil an Freiwilligenarbeit».

GLP schert aus

Diesen Tatbestand unterstrich auch Caroline Lehmann (GLP): «Wir entscheiden uns, die Kulturinstitutionen ausbluten zu lassen.» Was sie damit meinte: Die Kosten steigen, aber seit Jahren bezahlt die Stadt dieselben Beträge an dieselben Institutionen aus. Ihr Vorschlag lautet dann aber radikal anders: Statt den gleichen Institutionen die gleichen Beträge ausbezahlen, sollte man «solchen mit steigendem Interesse mehr Unterstützung, anderen mit sinkenden Besucherzahlen die finanziellen Mittel kürzen». Ihre Fraktion werde sich denn bei der Abstimmung über die Leistungsverträge

grösstenteils der Stimme enthalten.

Daniela De Maddalena (Grüne) konnte einer solchen finanzpolitischen Argumentation wenig abgewinnen. Biel sei nicht nur wegen der günstigen Lebenskosten attraktiv, sondern vor allem auch wegen seiner Kultur. Und das sei für die städtischen Finanzen gerade gut: Denn es hole Steuerzahlende nach Biel. «Kultur ist ein wichtiger Standortfaktor – das hat man in Europa schon lange begriffen, sehen Sie sich Bilbao an!» Ähnlich der baskischen Stadt mit ihrem berühmten Guggenheim-Museum, so brauche auch Biel seine Theater, Konzerte, Kunst, Geschichte.

Tobs kein Rolls-Royce

Und diese wichtigen Leistungen an einem attraktiven Standort seien für den Standort Biel günstig zu haben, wie dann Susanne Clauss vorrechnete. «Auch wenn das Tobs aussieht wie ein teurer Rolls-Royce, es arbeitet low budget.» Grund dafür sei, dass die Teuerung seit 2016 nicht mehr ausgeglichen worden sei. Deshalb hätten die Kulturinstitutionen rund 7 Prozent Realverlust

hinnehmen müssen. «Da kann man einfach nicht mehr weiter sparen.»

Doch genau das wollte dann ihr Sitznachbar Hugo Rindlisbacher von der SVP, der nicht von einem Minus von sieben Prozent durch Teuerung sprach, sondern eine andere Zahl ins Spiel brachte: «Wenn wir die Leistungsverträge um 10 Prozent kürzen, wären wir wieder dabei.» Wohlgemeint auf den bisher ausgehandelten Verträgen, die bereits ohne einen Teuerungsausgleich daher kommen. Rindlisbacher schätzte, wie er betonte, die Arbeit und das Engagement der Kulturschaffenden, aber die Stadt Biel sei mit erheblichen finanziellen Herausforderungen konfrontiert. «Das Geld wird an anderer Stelle dringlicher benötigt.» Beim Tobs würde, wie er vorrechnete, jeder Eintritt mit knapp 200 Franken subventioniert – «das geht einfach zu weit».

Anders sah dies der Bieler Stadtrat: Er stimmte allen Leistungsverträgen zu. Über das Tobs und die Stadtbibliothek wird allerdings die Bieler Stimmbewölkerung das letzte Wort haben.

Info: Wer wie viel Unterstützung erhält, sehen Sie auf ajour.ch

Keine Flagge zeigen oder Solidarität mit der Ukraine?

Blöschhaus Eine ukrainische Fahne vor dem Blöschhaus? Das war für den Bieler SVP-Politiker Olivier Wächter ein No-Go. Und nicht nur für ihn. Diese Fahne muss weg, das sah nicht nur die Bieler SVP, sondern auch die Kantonalpartei und die SVP Schweiz so, sagte Wächter. Mittlerweile hat sich das Problem aber von selbst erledigt, weil nach der EHCB-Fahne die ukrainische nicht wieder gehisst wurde. «Aber wenn sie wieder gehisst werden sollte oder auch die russische», würde sich Wächter erneut zur Wehr setzen, wie er an der gestrigen Stadtratssitzung sagte.

Der Jurist und Richter Maurice Paronitti (PRR) replizierte darauf, dass dieses Vorgehen keineswegs mit der juristischen Neutralität konfligiere. Und die politische Neutralität diesen Spielraum gewähre.

Vor allem, wenn ein Land auf so eklatante Weise das Völkerrecht missachte, in Mariupol ein Gebäude bombardierte, auf dem Stand: «Da sind Kinder drin.» Bilanz: 600 Tote, vor allem Frauen und Kinder.

Übrigens sei von der neutralen Schweiz Elektronik in Raketen, die vor allem zivile Ziele anvisierten, so Paronitti. Gerade eben sei in Kramatorsk ein Restau-

rant bombardiert worden. Solche Barbarei erfordere unbedingt eine Stellungnahme.

Ruth Kilezi (PSR) stimmte in die Empörung ein, fragte dann aber, warum der Gemeinderat in anderen Konflikten im Jemen, in Afghanistan, in Syrien nicht dieselbe Solidarität zeige.

Mohamed Hamdaoui (Die Mitte) versuchte, den Neutralitätskultur der SVP historisch ad absurdum zu führen: Sie sei 1815 in Wien der Schweiz aufoktroziert worden, «von fremden Richtern», damit sie ihre Armee behalten könne.

Erich Fehr (SP) kommentierte, dass er kaum noch etwas zu ergänzen habe. Bei Hamdaouis Geschichte sei zu korrigieren, dass es nicht Richter, sondern schlicht «die Österreicher» gewesen seien, die der Schweiz ihre Neutralität aufgezwungen hätten. Und der Ukraine Konflikt sei wegen des Angriffskriegs «völkerrechtlich anders zu beurteilen», aber selbstverständlich zeige Biel immer wieder humanitäre Solidaritätsaktionen mit anderen Konflikttherden.

Dass sogar die SVP Schweiz nach Biel geblickt habe, mache ihn stolz, so Fehr. Und er rechnete Wächter immerhin an, dass er sein Anliegen als erledigt akzeptiere. Jérôme Léchet